

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Gerald Loacker, Douglas Hoyos, Kolleginnen und Kollegen
betreffend Weg mit den neuen Generalsekretären in den Bundesministerien -
Wiederherstellung des Rechtszustandes von 2017**

**eingebraucht im Zuge der Debatte in der 213. Sitzung des Nationalrats über den
Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes
betreffend Generalsekretariate in den Bundesministerien – Reihe BUND
2021/12 (III-276/2043 d.B.) – TOP 4**

Die ÖVP-FPÖ-Regierung hat am Anfang ihrer Tätigkeit das Bundesministeriengesetz so abgeändert, dass die Ministerien standardmäßig mit Generalsekretär:innen besetzt werden, die den Sektionschefs gegenüber weisungsberechtigt sind. Diese Positionen müssen im Gegensatz zu den nachgeordneten Sektionschef-Positionen auch nicht ausgeschrieben werden.

Zum einen wurde damit eine zusätzliche Personalebene in den Ministerien eingezogen, was einen ohnehin aufgeblähten Bundesdienst weiter ausgedehnt hat. Zum anderen ist seit dieser Novelle das klare Signal an die Mitarbeitenden in den Ministerien gesetzt: "Chef kannst Du nur werden, wenn Du bei der richtigen Partei bist." Das Ende des Staatsdieners alten Verständnisses wurde so durch eine harte Parteilogik ersetzt.

Der aktuelle RH-Bericht unterstreicht Problematik und Kosten des Gesetzes aus 2017, das wieder beseitigt gehört. BM Brunner hat für sein Haus die Funktion des Generalsekretärs bereits beseitigt und damit das richtige Signal für die anderen Ministerien gesetzt.

Quellen:

Beschluss des Nationalrates 2017,
https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVI/BNR/3/fname_676801.pdf

derStandard.at, 19. Dezember 2017,
<https://www.derstandard.at/story/2000070694678/bundesministeriengesetz-12-minister-und-maechtige-generalsekretaere>

Rechnungshofbericht 2021,
https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/2021_12_Generalsekretariate.pdf

Wiener Zeitung, 1. Juli 2022,
<https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2153238-Der-Schatten-im-Ministerium.html>

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat schnellstmöglich eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die den Rechtszustand vor dem Inkrafttreten der Bundesministeriengesetz-Novelle 2017 für die Generalsekretäre in den Bundesministerien wiederherstellt."

[Signature]
(WACHNER)

[Signature]
(HOFER)

[Signature]
(KUNSBERGER)

[Signature]
KUNSBERGER

[Signature]
SEDI